BVN e.V.

Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender
Thomas Seiffert
Kontaktadresse:
Friedhelm Ardelt-Theeck
Leuchte 35A
60388 Frankfurt/Main
Tel.: 06109 / 36751
Mobil: 0151-16559854
f.ardelt-theeck@molochautobahn.de
www.molochautobahn.de

Rechenschaftsbericht 2011

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) machte auch im Jahr 2011 eine ökologische Verkehrspolitik zum Schwerpunkt ihrer Arbeit, mit dem Anspruch, die Lebens- und Wohnqualität vor Ort in Frankfurt am Main und speziell im Stadtteil Nordend zu erhalten bzw. zu verbessern. Die besondere Aufmerksamkeit galt dabei verständlicherweise wieder der Frankfurter Verkehrspolitik und dem geplanten Bau der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt. Die Bürgervereinigung Nordend e.V. legte hierbei weiterhin großen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden, vor allem im „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA), um die Kräfte zu bündeln. Fachleute der BVN übernahmen hierbei wieder einen Großteil der notwendigen organisatorischen Aufgaben, wie das Erstellen von Informationsmaterialien, Kontaktpflege, Pressearbeit, Besuch von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen des Stadtparlaments sowie Korrespondenz mit Parteien, Behörden etc. Dazu gehörte auch die Teilnahme an den regelmäßigen Sitzungen und Arbeitsgruppen wie auch die Durchführung gemeinsamer Aktionen und Veranstaltungen.

In diesem Sinne wird die gemeinsame Homepage des „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) nun bereits seit mehr als 10 Jahren durch die Bürgervereinigung Nordend betreut und dabei Gestaltung und regelmäßige Aktualisierung bzw. Pflege von BVN-Mitgliedern übernommen. Die Bedeutung dieses Internetauftritts, welcher gleichzeitig auch als Informationsplattform für die Bürgervereinigung Nordend e.V. dient, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Inzwischen besuchen bis zu 2000 Internetnutzer pro Monat regelmäßig die Webside unter www.molochautobahn.de, um sich auf diese Weise über die geplanten Projekte und den jeweiligen aktuellen Stand der Verfahren und die geplanten Aktivitäten oder andere wichtige Termine zu informieren. Mehrere Hundert Interessierte nutzen darüber hinaus inzwischen das regelmäßige Newsletter-Angebot.

Insbesondere über den Weg des Internets kümmerte sich die BVN so auch regelmäßig um die Einladungen zu den regelmäßigen monatlichen Treffen des Aktionsbündnisses und zu anderen wichtigen Terminen wie auch die inhaltliche Abstimmung aller Beteiligten.

Folgende Ereignisse im Jahr 2011 sind besonders hervorzuheben:

Überschattet wurde der Beginn des Jahres durch den für die Öffentlichkeit unerwarteten Tod des grünen Frankfurter Verkehrsdezernenten Lutz Sikorski. Dazu gab die BVN Anfang Januar in Abstimmung mit den anderen beteiligten Bürgerinitiativen und Umweltverbänden im Namen des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn ein Pressemitteilung heraus mit dem Titel: „Wir haben Lutz Sikorski viel zu verdanken!“ Dabei wurde insbesondere die Leistung und Bedeutung des Grünen Stadtrats Sikorski für die ökologische Umgestaltung der Stadt

Frankfurt und ihrer Verkehrspolitik wie auch dessen Einsatz für die Anerkennung der Arbeit der Bürgerinitiativen in Frankfurt hervorgehoben, denen er stets Gehör schenkte.

Wie im vergangenen Jahr beschlossen rief das Frankfurter Bündnis gegen Stuttgart 21, welches die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn und vielen Vertretern anderer Initiativen, Verbänden und Parteien im Herbst 2010 gegründet hatte, zu drei weiteren Montagsdemonstrationen gegen das Milliarden schwere Bahnprojekt „Stuttgart 21“ auf. Diese fanden jeweils am ersten Montag der Monate Januar bis März statt, zeitgleich mit über Hundert bundesweiten Aktionen bzw. so genannten „Schwabenstreichen“ in ganz Deutschland. Dabei wendete sich die BVN zusammen mit dem Frankfurter Bündnis gegen eine in ihren Augen verfehlte Bahnpolitik sowie unverantwortlicher Verschwendung von Steuergeldern und plädiert stattdessen für dringend notwendige Investitionen in die Fläche. An die Bahn wurde appelliert auf das Prestigeprojekt zu verzichten und stattdessen endlich u.a. vertraglich mit dem Land Hessen und dem RMV vereinbarte Modernisierungen des Bahnnetzes in Hessen in Angriff zu nehmen. Im Hinblick auf den von der Bahn infolge der spektakulären Schlichtung durch Heiner Geißler in Auftrag gegebenen noch offenen Ausgang des „Stresstests“ und der zunehmend schwächer werdenden Resonanz der Beteiligung an den Demos und des damit verbundenen Aufwands beschloss das Bündnis schließlich die Montagsdemos auszusetzen. Das Bündnis wolle aber die politische Entwicklung des Projekt aufmerksam weiter zu verfolgen.

Bei einem von der BVN mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn organisierten Treffen der Kläger gegen die vorliegende Autobahnplanung, teilte Rechtsanwalt Teßmer mit, dass die Umplanung für die notwendige Verschiebung des Autobahntunnels Riederwald inzwischen abgeschlossen und mit dem BUND in entscheidenden Punkten abgestimmt wurde und in absehbarer Zeit mit einem Planänderungsbeschluss und einem Baubeginn zu rechnen wäre. Auf Grund dieser Entwicklung empfahl der Verwaltungsrechtler, mit Hinweis auf die möglicherweise bald beginnenden Bauarbeiten nun beim Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel zu beantragen, das "Ruhen lassen" unserer Klagen aufzuheben. Ziel sollte sein, eine baldige Verhandlung dieser Klagen noch im Spätsommer bzw. bis Ende des Jahres zu erreichen. Über diesen Sachverhalt und das geplante Vorgehen sollten nun alle Klägerinnen und Kläger bzw. Klagebeteiligten noch einmal informiert und um Ihre Zustimmung gebeten werden, was mittlerweile geschah. Alle Kläger stimmten einer möglichen Wiederaufnahme zu.

Gleichzeitig wurde vereinbart, die beiden vorliegenden Gutachten des Landes Hessen bzw. des ASV Frankfurt einerseits und der Stadt Frankfurt über die künftige Lärmbelastung entlang der Ostumgehung andererseits noch einmal fachlich bewerten zu lassen. Dabei sollen auch die vom Aktionsbündnis in seiner Bewertung der Gutachten zusammengetragenen Aspekte und aufgeworfenen Fragen berücksichtigt bzw. geklärt werden. Die BVN setzte sich diesbezüglich mit dem Planungsbüro RegioConsult in Marburg in Verbindung, welches bereits im Auftrag der BVN und des AUA die kritische Überprüfung der Verkehrsuntersuchung vorgenommen hatte und die Klagen fachlich begleitet hatte. Nach Klärung des genauen Vorgehens und Einholung eines Kostenvoranschlags beauftragte die BVN im Namen des Aktionsbündnisses das Büro RegioConsult mit der fachlichen Überprüfung der genannten Gutachten.

Wie gewohnt war die BVN verantwortlich für die kontinuierliche Korrespondenz bzw. den Kontakt zum Rechtsanwalt der Klagegemeinschaft Dirk Teßmer und sorgte dafür, alle Beteiligten auf dem jeweils aktuellen Stand zu halten.

Mitte Januar hatte der für Seckbach, Riederwald und Fechenheim zuständige Ortsbeirat 11 seine Forderung nach Einhausung der gesamten Autobahn A 661 bis zum Riederwald bekräftigt und den Magistrat gebeten, sich mit der Fachhochschule Frankfurt bezüglich dem Erstellen einer Studie dazu durch Hochschulabsolventen in Verbindung zu setzen.

Einen Monat später am 21. Februar kam Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer CSU auf Einladung der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth zur Autobahn A 661 nach Bornheim, um begleitet vom Stadtplaner Albert Speer sich ein Bild vor Ort zu machen und die Argumente für eine Einhausung zu prüfen.

Viele Mitglieder der BVN und des Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn waren präsent und nutzten diese besondere Gelegenheit und das große Medieninteresse bei Anwesenheit vieler betroffener Anwohner der tangierten Stadtteile zur Übergabe weiterer 500 Unterschriften für die Einhausung der Autobahnen an den Bundesminister und die Oberbürgermeisterin. Die Initiativen begrüßten dabei das Interesse des Bundesverkehrsministers für die Einhausung, hielten es aber für unerlässlich deutlich zu machen, dass es nicht ausreiche nur den oberen Abschnitt der A 661 einzuhausen. Auch die Menschen rund um das Autobahndreieck Erlenbruch (Bornheimer Hang, Seckbach, Riederwald) sowie östlich des Tunnels Riederwald A 66 (Fechenheim/Bergen-Enkheim) hätten ein Recht optimal geschützt zu werden. Im Rahmen der vielen Berichte in fast allen Fernseh- und Rundfunkprogrammen sowie Zeitungen sendete der Hessische Rundfunk auch ein Hörfunk-Interview mit einem BVN-Experten.

Sowohl der oben erwähnte Ortsbeiratsantrag als auch der Besuch des Bundesverkehrsministers können als enormer Erfolg der jahrelangen und kontinuierlichen Arbeit der Bürgervereinigung Nordend wie auch der anderen beteiligten Initiativen und Verbände gewertet werden. Sie sind weitere wichtige Schritte auf dem Weg, eine rücksichtsvolle Autobahnplanung zu erreichen.

Fast Zeitgleich mit dem Besuch des Bundesverkehrsministers präsentierte der Hessische Verkehrsminster Dieter Posch unter der Überschrift „Es wird ruhiger“ ein Programm für einen Erweiterter Lärmschutz an der A 661 Ostumgehung und der A 66 Riederwaldtunnel. Die Kosten für diese Maßnahmen in Höhe von 7,5 Mio. Euro würden vom Bund getragen. Auch wenn diese Maßnahmen weit davon entfernt sind, die Forderung nach kompletter Einhausung der Bürgerinitiativen zu erfüllen, sind sie trotzdem als bedeutenden Etappenerfolg zu sehen, sind sie doch direkte Folge der gestellten Rechtsanträge und der Klagen für zusätzlich Lärmschutzmaßnahmen.

Anlässlich der Kommunalwahl Ende März 2011 in Frankfurt am Main organisierte die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn am 16. März 2011 eine Podiumsdiskussion unter dem Motto „Komplette Einhausung der Autobahnen A 66/A 661 im Frankfurter Osten - Wie können wir das schaffen?“. Auf dem Podium waren neben dem Aktionsbündnis die Fraktionsvorsitzenden bzw. Verkehrspolitischen Sprecher der großen Parteien im Römer vertreten. Die Diskussion moderierte Florian Schwinn vom Hessischen Rundfunk. Als wichtigstes Ergebnis dieses Abends kann festgehalten werden, dass sich die Parlamentsvertreter darin einig zeigten, dass in einem weiteren Gutachten auch die Chancen und die Machbarkeit, die eine Einhausung über die Lärmschutzgalerie Seckbach hinaus Richtung Riederwald einschließlich des Autobahndreiecks Erlenbruch bieten kann, untersucht werden solle.

Nach der Wahl nahmen die Bürgerinitiativen die zu diesem Zeitpunkt gerade laufenden Koalitionsverhandlungen zum Anlass, sich an die im Römer regierenden Parteien von CDU und Grünen in Frankfurt zu wenden und der Forderung Nachdruck zu verleihen, bei der geplanten Auftragsvergabe für ein Gutachten im Zusammenhang mit der Prüfung einer Einhausung des südlichen Abschnitts der A 661 inhaltlich beteiligt zu werden. In offenen Briefen forderte die BVN im Namen der im Aktionsbündnis zusammen geschlossenen Initiativen die neu gewählten Stadtverordneten auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Frankfurt sich zum Wohle aller Betroffenen endlich hinter die laufenden Klagen stellt und selbst rechtlich gegen das Land Hessen bzw. den Bund vorgeht, um auf diese Weise den zustehenden Schutz für ihre direkt betroffenen Einrichtungen zu erreichen. Zudem seien alle Stadtteile und der gesamte Grüngürtel im Frankfurter Osten zu schützen.

Noch im Juni wurden Vertreter der BVN und anderer Initiativen von den Grünen zu Gesprächen in den Römer eingeladen. Hier wurde vor allem auf die - aus Sicht der BIs - Fehlerhaftigkeit der vorliegenden Gutachten hingewiesen, in welchen Kriterien zur Grundlage der Berechnung genommen wurden, die keinesfalls der Realität entsprächen und darauf verwiesen, dass diese Einschätzung auch von dem vom Aktionsbündnis beauftragten Planungsbüro gestützt werden. Darüber hinaus wurde auch gefordert, dass bei der Einhausungsdiskussion selbstverständlich auch die gesamte Palette der Schadstoffe, insbesondere der

Feinstaub und die Stickoxide, in ausreichender Weise einbezogen werden müsse.

Im Rahmen eines Stadtverordnetenbeschlusses wurde schließlich noch im Laufe des Jahres eine Potentialstudie zu einer Einhausung der A 661 bis zum Riederwald auf den Weg gebracht.

Neben den Einladung zu den regelmäßigen monatlichen Treffen des Aktionsbündnisses und der kontinuierlichen Pressearbeit übernahm die BVN wie schon in den Vorjahren auch wieder die Organisation der traditionellen Infostände des AUA zwischen Mai September am Wäldchestag auf dem Kinderkulturfestival im Licht- und Luftbad im Riederwald, dem zweiten Stadtteilfest der Linken im Riederwald sowie beim Rotlintstraßenfest der Grünen im Nordend und dem "Tag des Kindes" auf dem Kinderfest der Falken im Ostpark. Dazu erstellte die BVN eigens ein Flugblatt mit dem Titel „Recht auf Schutz – Keine Alternative zur Einhausung“ in welchem die Position der Bürgerinitiativen und die Verantwortlichkeit des Bundes für den Schutz der Bevölkerung hervorgehoben wurde.

Im Rahmen dieser und zusätzlicher Infostände in den Monaten September und Oktober insbesondere in Bornheim starteten die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis die dritte größere Spendenkampagne mit dem Aufruf an die betroffene Bevölkerung, den Klagefond zu unterstützen und sich an der Finanzierung der Klagen zu beteiligen, um den noch offenen Betrag von ca. 12.000 € abzudecken. Schließlich werden von einem Erfolg der Klagen alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger von aktiven Schutzmaßnahmen wie höhere Lärmschutzwände oder gar einer Einhausung profitieren. Bei dieser Gelegenheit bedankten sich die Bürgerinitiativen auch im Namen der Kläger ausdrücklich bei den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die bisher mit teils sehr großzügigen Spenden zur Finanzierung der Klagen beigetragen haben. so dass bis heute ca. 28.000 € der insgesamt benötigten Gesamtkosten in Höhe von ca. 40.000 € abgedeckt werden konnten. Neben der Versendung von Spendenrundbriefen, wurden auch rund 10.000 zweiseitige Flugblätter an die Haushalte entlang der Autobahnen verteilt. Auf der Rückseite war eine anschauliche Grafik mit Fotos von Einhausungen gedruckt.

Die Bürgerinitiativen machten die Bürger dabei auf die vielen Erfolge ihrer jahrelangen Arbeit aufmerksam. Obwohl noch gar nicht alle juristischen Mittel ausgeschöpft wurden, seien die Arbeiten für den Bau des Autobahnkreuzes Frankfurt-Ost A 66/A 661 (Vollausbau Ostumgehung, Riederwaldtunnel) – wie es das Aktionsbündnis stets gefordert hatte – aufgrund der anhängigen Klagen praktisch gestoppt. Gleichzeitig bestätigen Gutachten der Stadt Frankfurt und des Landes Hessen, dass mit drastischen Überschreitungen in Bornheim, Seckbach und Riederwald gerechnet werden muss. Deshalb sehen sich Land und Bund gezwungen, zusätzliche Lärmschutzwände insbesondere für Bornheim und Riederwald zu planen. Die Bürgerinitiativen können mit Fug und Recht feststellen, dass mit relativ begrenzten Mitteln schon erstaunlich viel erreicht wurde. Auch diese Spendenkampagne wurde wie schon in den Vorjahren wieder von einer sehr großen Medienresonanz in den Wochen- und Tageszeitungen incl. Interviews begleitet.

Ende August sorgte ein groß aufgemachter Bild-Zeitungs-Artikel zur "langsamsten Baustelle der Welt" für enormes Aufsehen. Dazu wurde mit einem BVN-Vertreter ein Interview geführt, welches in einem TV-Beitrag zum schleppenden Autobahnbau im Frankfurter Osten in der Sendung „Main-Tower“ im Hessen Drei gesendet wurde.

Ende Oktober waren Vertreter des ASV eingeladen, das vom Hess. Verkehrsminister Posch bereits im Frühjahr veröffentlichte Lärmschutzmaßnahmenpaket zur A 66 und A 661 im Ortsbeirat 11 vorzustellen und zu erläutern. Fachleute von BVN und der anderen Initiativen nutzten diese Gelegenheit, um auf die Tatsache aufmerksam zu machen, dass diese Maßnahmen einerseits auf die Rechtsanträge der Bürgerinitiativen zurückzuführen sind, anderseits aber keines Falls ausreichten, da sie auf fehlerhaften Berechnungsgrundlagen beruhten. Sie gaben den Behördenvertretern, aber auch den anwesenden Politikern, klar zu verstehen, dass jetzt endlich Schluss sein müsse, mit der ständigen Vorlage von mangelhaften Planungen. Das Stückwerk müsse ein Ende haben, es ging auf Kosten der Bevölkerung und sei nicht mehr hinnehmbar. Befürworter als auch Kritiker wollten jetzt endlich eine tragfähige Planung und nicht länger vertröstet werden.

Nach einem monatelangem Abstimmungsprozess und intensiver Durcharbeitung der Gutachten und der Auswertungsunterlagen lud die Bürgervereinigung Nordend und das Aktionsbündnis zusammen mit dem Marburger Planungsbüro RegioConsult und dem Verwaltungsrechtler Dirk Teßmer aus Frankfurt Anfang November zu einer Pressekonferenz, um das Ergebnis der fachlichen Überprüfung der Gutachten öffentlich vorzustellen. Ort der Pressekonferenz war das Vereinsheim der gastgebenden SG Bornheim Grün-Weiß e.V., deren Ehrenpräsidenten Klaus Schmidt die Teilnehmer begrüßte und das große Eigeninteresse des Vereins an einer Einhausung hervorhob.

Das vom Marburger Planungsbüro RegioConsult präsentierte Ergebnis der vorgenommenen Überprüfung der Gutachten bestätigte in weitem Umfang eindrucksvoll die Bedenken der BVN und der anderen Initiativen. Es belegt, dass die Gutachten in vielerlei Hinsicht mangelhaft sind und um wichtige Aspekte ergänzt werden müssen. Insbesondere aufgrund höherer Verkehrsbelastungen und jeweiliger LKW-Anteilen als in den Gutachten zu Grunde gelegt, müsse von bis zu 5 dB (A) höheren Emissions- bzw. Immissionswerten, als in den vorliegenden Gutachten dargelegt, ausgegangen werden. Auch diese Veranstaltung hatte wieder ein recht großes Medien-Echo zur Folge.

Noch im Dezember kam es schließlich auf Initiative des Rechtsanwalts Teßmer zu einem Klärungsgespräch im Hessischen Verkehrsministerium zwischen Vertretern der Hessischen Straßenbauverwaltung und den Klägervertretern in Begleitung des Planungsbüros RegioConsult in Marburg. Als wichtigste neue Erkenntnisse dieses Gesprächs können folgende Informationen festgehalten werden:

Noch Anfang 2012 wird eine neue Verkehrsuntersuchung mit Prognosehorizont 2025 in Auftrag gegeben. Dabei soll der anteilige LKW-Verkehr nicht mehr "händisch" angegeben, sondern rechnerisch ermittelt werden. Dabei werde „selbstverständlich“ auch die "bestandskräftige" Variante Alleentunnel/Autobahnspange berücksichtigt, "wie es", laut Aussage des Ministeriums, "immer der Fall war". Eine denkbare Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses für den Alleentunnel samt Autobahnspange und Autobahndreieck Seckbach könne es allenfalls nach einer Bedarfsplanänderung des Bundesverkehrswegeplans geben. Darüber könne aber derzeit keine Aussage getroffen werden. Auf Basis der neuen Prognosen werde es dann entsprechend auch neue Lärm- und Schadstoffberechnungen geben und insbesondere die Lärmschutzplanung ggf. entsprechend angepasst werden. Infolge dieser neuen Gutachten werde es außerdem zwei neue Planänderungsverfahren für die A 661 als auch für die A 66 Tunnel Riederwald incl. Autobahndreieck Erlenbruch geben. Deren Beschlüsse werden etwa für das Jahr 2014 angestrebt. Noch Anfang 2012 soll es zu einen weiteren Besprechungstermin beim ASV Frankfurt kommen, bei welchem Details hinsichtlich der neuen und alten LTUs besprochen werden könnten.

Nicht unerwähnt sollte die am 8. Dezember 2011 feierlich eröffnete neue Straßenbahnlinie 18 über die Friedberger Landstraße nach Preungesheim bleiben. Auch BVN-Mitglieder probierten diese neue attraktive Verbindung von Sachsenhausen über die Innenstadt und das Nordend in den Norden von Frankfurt aus. Einem Vorstandsmitglied der BVN wurde es bei dem Festakt erlaubt, über das erfolgreiche Bürgerbegehren „Aktion Rettet die Straßenbahn“ und dessen erfolgreichen Ausgang mit dem wichtigen Erhalt der Altstadtstrecke 1986 in Erinnerung zu rufen. An diesem Erfolg hatte auch die BVN in nicht unerheblichem Umfang beigetragen. Dazu gehörte auch der gemeinsame jahrelange Einsatz für die Wiederanbindung der Linie 12 an das innerstädtische Straßenbahnnetz wie auch für die Wiederinbetriebnahme der Buslinie 30 von Bad Vilbel in die Innenstadt, wodurch erst die neue Linie 18 letztlich erst ermöglicht wurde.

Frankfurt am Main, 1. Dezember 2012

Thomas Seiffert
(1. Vorsitzender)